

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erste Ausgabe mittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Verlagspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 296, Schriftleitung Nr. 14 674.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsbereich 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teil 4 M., unter Eingangs 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungsblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und präseßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 176

Sonntag, 31. Juli

1921

## Eine Falschmeldung.

(N.) In einigen Blättern war behauptet worden, der Ministerrat hätte am 27. Juli beschlossen, im Falle der Ablehnung der Grund- und Gewerbesteuer auch die Besoldungsreform scheitern zu lassen. Da trotz der halbamtlichen Mitteilung dieser falschen Nachricht die „Sächsische Staatszeitung“ heute sogar in Fettdruck die falsche Behauptung wiederholt und obendrein verblümt der Regierung Unwahrscheinlichkeit vorwirft, sei hiermit ausdrücklich die Unrichtigkeit der ersten Meldung ausdrücklich festgestellt.

Der Ministerrat hat einen solchen Beschluß überhaupt nicht gefaßt. Es haben vielmehr nach der Sitzung des Ministerrates die Minister einmütig beschlossen, in einer Erklärung (die dem Landtage zwischen vom Minister Lipinski unterbreitet worden ist) zu sagen:

„Ohne Grund- und Gewerbesteuer ist keine Wirtschaftsordnung und keine Erhöhung der Einnahmen möglich. Die Regierung vertritt nachdrücklich den Grundgedanken, daß keine laufenden Ausgaben bewilligt werden dürfen, ohne daß entsprechende Einnahmequellen erschlossen werden. Dieser Grundgedanke wird durch die Ablehnung der Grund- und Gewerbesteuer verletzt.“

Es kann mithin keine Rede davon sein, daß in einige Blätter es auf Grund einer falschen unterrichteten Korrespondenz darstellten, die Regierung „auf dem Rücken der Gemeinden und der Beamten den Konflikt mit der Landtagsmehrheit ausfechten“ wolle.

## Die Brotversorgung im neuen Erntejahr.

(W. M.) Aus dem Wirtschaftsministerium wird mitgeteilt:

Während unter den Erzeugern die Bestimmungen über die neue Regelung der Getreide-, Mehl- und Brotversorgung im allgemeinen bekannt sind, ist diese Kenntnis in der Bevölkerung noch nicht durchweg genügend verbreitet. Keine Unklarheit besteht wohl darüber, daß es in Zukunft neben dem auf Markten abgegebenen Brot markenreines gibt. Folgende Ausführungen aber scheinen wünschenswert zu sein:

1. Auch nach dem 15. August wird, wie bestimmt zu erwarten ist, die bisherige Brotmenge von 1900 g für Kopf und Woche (= 200 g Mehl pro Tag) auf Markten abgegeben werden. Die Getreidemengen, die das Reich braucht, um diese Nation zu versorgen, setzen sich zusammen aus dem sogenannten Umlage- und dem Auslandsgetreide. Die Landwirte haben an und für sich die freie Verfügung über das von ihnen erbaute Getreide; wer eine Getreideausfuhr von mehr als 1 ha (2 Akker) hat, ist zur Ablieferung einer gewissen Umlage verpflichtet. Man hat diese Umlage so häufig wie möglich bemessen, um die Erzeugung zu heben, und zwar in der Höhe von 2 1/2 Mill. t. Um der Bevölkerung die bisherige Menge von 1900 g zu gewährleisten, braucht man etwa 4 200 000 t Getreide. Der nach Ausbringung der Umlage noch fehlende Rest von rund 2 Mill. t soll durch Auslandsgetreide gedeckt werden.

2. Der Preis für das Marktbrot ergibt sich durch Zueinanderrechnung der Aufwendungen für das Umlage- und das Auslandsgetreide. In Anbetracht des niedrigen Standes letzterer Saluta ist das Auslandsgetreide naturgemäß weitläufig teurer als das Umlagegetreide. Der Preis für das 1900-g-Brot, das auf Markten abgegeben wird, wird sich voraussichtlich zwischen 4,50 und etwa 7 M. bewegen. Dieser Betrag wird sich dann nicht erhöhen, wenn etwa die Umlage nicht in vollem Umfange aufgebracht werde. Denn ein Landwirt, welcher der Pflicht zur Ablieferung seiner Umlage nicht nachkommt, hat dem Reiche für die nicht abgelieferten Mengen einen Geldbetrag in solcher Höhe zu zahlen, daß das Reich sich die entsprechende Menge Auslandsgetreide anzuschaffen vermag; dazu teilt sich ein Zuschlag von einem Viertel.

## Vor der Entscheidung über Oberschlesien.

### Die britische Note an Frankreich.

Paris, 29. Juli. Havas meldet aus London: Die Note, die die Briten, die gestern Abend von der britischen Regierung an Frankreich gesandt wurde, ist in verständlichem, gleichzeitig aber energischem Tone gehaltenes Schriftstück. Sie wurde von Lord Curzon nach dem Ministerrat von gestern vormittag ausgearbeitet und von den Ministern in der Nachmittags-Sitzung mit nur geringfügigen Änderungen angenommen. Die Note ist ein lauges mit der Schreibmaschine gefertigtes Schriftstück von ungefähr zwölf Seiten Kastenformat. Der erste Teil ist einer Besprechung der Tatsachen gewidmet, die von der französischen Regierung vorgebracht wurden und wiederholt in klarer Form die Ereignisse, die seit der Überreichung der französischen Note an Deutschland am 16. d. M. ohne vorhergehende Verständigung mit den Verbündeten sich abgespielt haben. Das sei das erste Anzeichen eines Auseinandergehens der Politik der Zusammenarbeit gewesen, die bisher befolgt wurde. Dieser Hinweis dient nicht nur dazu, die französische Regierung an das zu erinnern, was sich tatsächlich ereignet hat, sondern auch dazu, die Form zu beleuchten, in der die britische Regierung immer wieder den Grundgedanken der Zusammenarbeit und gegenseitigen Verständigung zwischen den verbündeten Regierungen befolgt habe. Die Note drückt sodann das Ersauern aus, das die britische Regierung bei der Änderung der Haltung der französischen Regierung empfunden habe, die in den ersten Tagen des Juli sich von dem Grundgedanken der Zusammenarbeit entfernte, auf den Lord Curzon und der französische Botschafter dringend hinwiesen und worüber sie sich verständigt hätten. Die Note erinnert die französische Regierung daran, daß nach dem Frankfurter Zwischenfall im April v. J. Rittersand die endgültige Zustimmung gab, daß die französische Regierung keine selbständige Maßnahme ergreifen werde, welche die gemeinsamen Interessen der Verbündeten gefährdeten. Die Note drückt dann die Enttäuschung aus, die nicht nur durch die offensichtliche Absicht der französischen Regierung, vom damals angenommenen Grundgedanken abzuweichen, hervorgerufen wurde, sondern auch durch den offensichtlich unaufrichtigen Ton der Mitteilung der französischen Regierung vom letzten Mittwoch. Es widerspreche der britischen Regierung, zu glauben, daß ein solcher Ton auch unverständliche Absichten der französischen Regierung einschleife. Alles, was Großbritannien verlange, sei eine Allianz, die durch die schiedlichen Opfer der Verbündeten zusammengeknüpft wurde und die auf der gleichen Grundlage gegenseitigen Vertrauens weiter bestehen bleibe. Die Note sagt hinzu, Großbritannien habe, um zu diesem Ziel zu kommen, der französischen Regierung schon viele Zugeständnisse gemacht und sei bereit, solche auch weiterhin zu machen. Was aber den Grundgedanken der gemeinsamen Verantwortung in Oberschlesien anbetreffe und andere Fragen, welche die Friedensverträge betreffen, so sei es Groß-

britannien durchaus unmöglich, Maßnahmen gutzuheißen, die unweidlich die Grundlagen der Allianz erschüttern könnten. Die britische Regierung fühle sich verpflichtet zu der Anfrage, welche Erklärung die französische Regierung für ihr Verhalten geben wolle. Denn solange diese Frage nicht geklärt sei, sei es schwer zu sehen, auf welcher Grundlage die Zusammenarbeit der Verbündeten fortgesetzt werden könne.

### Zusammentritt des Sachverständigenausschusses.

Paris, 29. Juli. Der Sachverständigenausschuss der Verbündeten zur Prüfung der Aufteilung Oberschlesiens ist heute im Ministerium des Auswärtigen zusammengesetzt.

### Bitte um endgültige Entscheidung.

Kattowitz, 29. Juli. Der Deutsche Ausschuss für Oberschlesien richtete gestern an die Ritterspräsidenten in London, Paris und Rom sowie an die Botschafterkonferenz in Paris ein Telegramm, in dem er im Namen aller deutschen politischen und wirtschaftlichen Organisationen Oberschlesiens bittet, in dem am 4. August stattfindenden Verhandlungen endgültig über das Schicksal Oberschlesiens zu beschließen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen gehe die Bevölkerung leidend und wirtschaftlich zugrunde. Eine provisorische Lösung würde den jetzigen Zustand nur verschlimmern.

### Französisch-italienischer Zwischenfall.

Das Verhältnis zwischen Italienern und Franzosen in Oberschlesien wird mit jedem Tag gespannter. Gestern kam es zwischen italienischen und französischen Offizieren in Oppeln zu einer Schlägerei, die schließlich in eine Schießerei ausartete. Ferner ereigneten sich vor der Oppelner Kaserne zwischen italienischen und französischen Soldaten Zusammenstöße, bei denen auch Handgranaten geworfen wurden. Auch in Randgrin kam es zu einem Zwischenfall zwischen italienischen und französischen Soldaten. In einem Zuge der italienischen Bahnpolizei wurde sich unterzogen zu lassen. Ein Franzose schloß auf die italienischen Mannschaften. Diese entzweiten darauf die Franzosen und nahmen sie fest.

### Das Bandennunwesen.

Breslau, 30. Juli. Das Bandennunwesen in Oberschlesien greift weiter um sich. Das Dorf Ralschitz im Kreise Ratibor wurde in der Nacht zum Freitag von einer starken polnischen Bande angegriffen. Besonders im Kreise Ralschitz ist die Lage außerordentlich unsicher und bedrohlich. Die Abwanderung der deutschen Bevölkerung aus dem Kreise hält infolge des polnischen Terror noch immer an, da die französische Besatzungsbehörde nichts zu ihrem Schutze unternimmt.

Nach besteht die Möglichkeit der Entleerung der nichtgelieferten Menge.

Wie hoch sich der Preis des markten freien Brotes stellen wird, läßt sich nicht voraussagen. Das wird hauptsächlich von der Entwicklung des Marktes abhängen. Hochpreise nehmen jedoch an, daß der Preis von 10 M. für das 4 Pfund-Brot nicht überschritten wird. Auf marktenreines Brot aber wird die Bevölkerung, da sie die bisherige Menge weiter erhält, nur in beschränktem Maße angewiesen sein.

Die Erhöhung des Brotpreises wäre auch dann unweidlich gewesen, wenn die Zwangslieferung in der bisherigen Form beibehalten worden wäre. Denn einerseits sind für das inländische Getreide die Befreiungskosten wiederum erheblich gestiegen und andererseits infolge des erneuten Sinkens der Saluta auch die Preise für Auslandsgetreide. Dazu kommt, daß das Reich bei seiner finanziellen Lage in Zukunft schlechthin nicht mehr in der Lage ist, in dem bisherigen Maße die Beihilfen des Auslandsgetreides herzustellen. Im ablaufenden Staatjahre sind zu diesem Zweck rund 10 Milliarden verwendet

worden, im neuen Jahre werden es immer noch sehr erhebliche Summen sein; allein für die Zeit bis zum Ende des Haushaltsjahres (15. August 1921 bis 31. März 1922) mehr als 3 1/2 Milliarden M.

3. Nach Reisebrotmarken werden nach wie vor ausgegeben, damit man auf Reisen rationiertes Getreide beziehen kann.

### Die neuen Steuern.

Berlin, 30. Juli. Das Reichskabinett beschloß sich gestern mit den neuen Steuervorlagen. Wie der „Vorwärts“ erzählt, einigte man sich auf eine Vermögensteuer, eine Zuwachssteuer auf Kriegsgewinne und eine Abänderung des Umsatz- und Stempelabgabengesetzes. Die Besprechungen über das Steuerprogramm dürften mindestens noch zwei Sitzungen in Anspruch nehmen.

**Gebt für das Oberschlesierhilfswerk!**

## Wirtschaftskrisen und Aufstiegsmöglichkeiten.

Zwei für die weitere Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens wichtige Entscheidungen stehen noch immer aus: die Aufhebung der Sanktionen, und besonders der Rheingrenzlinie, und der Beschluß der Verbündeten über Oberschlesien. Was das für die deutsche Volkswirtschaft bedeutet, erhellt daraus, daß sein Anteil am deutschen Volkvermögen auf 120 Milliarden Mark geschätzt wird, die ein jährliches Einkommen von 24 Milliarden bedeuten. Schon der Steuerverlust allein würde mehr als sechs Milliarden jährlich ausmachen. Welche Opfer vollends die Aufrechterhaltung der Sanktionen Deutschland auferlegt, ist erst kürzlich an dieser Stelle geschildert worden; inzwischen laufen immer weitere Nachrichten ein, die neue Betriebsstörungen und Arbeiterentlassungen melden. Auch die Transportgewerbe befähigen den immer fühlbarer werdenden Rückgang der Güterbeförderung, und wenn der eine Industriezweig leidet, leiden andere mit. Legen Fabriken ihre Betriebe still, so vermindert sich der Bedarf an elektrischem Strom, und die Folge ist, daß weniger Kohlen abgenommen werden, die Braunkohlengruben müssen also Feierstunden einlegen.

Ein leichter Punkt in diesem trüben Bilde ist, daß es Deutschland gelungen ist, sich in Amsterdam einen Weltmarktkredit von 150 Mill. zu beschaffen. Die erste Folge war, daß alsbald der Markkurs endlich wieder fester wurde und die hohen Devisenkurse in Amsterdam, Stockholm, Christiania und Zürich beträchtlich nachgaben, und zwar um 60 bis 90 Punkte. Gleichzeitig tauchten allerlei Gerüchte über neue Kreditabkommen auf, die immer mit großer Freude entgegengenommen werden, obwohl schon oft genug Enttäuschung das Ende war. Nun sagt man sich aber überall, daß wenn die Weltwirtschaft endlich wieder in Gang kommen soll, dies nur möglich ist, wenn alle Staaten an der Arbeit teilnehmen, insbesondere Rußland und die mitteleuropäischen mit Deutschland an der Spitze. Aber hier erhebt sich die Schwierigkeit, daß die Umstellung der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft für die meisten Staaten Kriegen heraufgeführt hat, die sie noch lange nicht überwunden haben. Besonders die skandinavischen Königreiche, die Schweiz und die Niederlande haben hart zu kämpfen, um ihre schnell emporgewachsene Industrie am Leben zu halten und müssen große Opfer für die Versorgung der Arbeitslosen bringen. Schon längst sind sie dazu übergegangen, sich nicht rentierende Industriezweige aufzugeben und die Arbeiter notwendigen Betrieben zuzuführen. Selbst die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich entschließen müssen, ihre mit so großen Hoffnungen ins Leben gerufene Regierungskasse abzubauen, da sie zum 1. Oktober nicht nur alle Holzschiffe verkaufen, sondern auch alle übrigen Schiffe an Private überlassen, weil das staatliche Schiffsamt monatlich mit 16 Mill. Dollar Unterbilanz arbeitet. Und in Frankreich hat der Bankrott der China-Bank und jetzt der Socié Centrale de Banque de Provence daran gemahnt, daß der Boden, auf dem man sich bewegt, höchst unsicher ist, und daß weitere Zahlungsbeeinträchtigungen im Hintergrunde drängen.

Die Vereinigten Staaten hatten auch seit Mitte vorigen Jahres unter dergleichen Kriegen zu leiden, doch nunmehr scheinen sie diese allmählich zu überwinden, denn die Geldmittel werden wieder flüssiger, und man tritt mit Besonnenheit und Umsicht der schwierigen Aufgabe näher, die Interessengebiete Amerikas im Stillen Ozean, in China und Sibirien sich zu sichern, zuerst politisch — dieser Aufgabe dient die kommende Abfertigungskonferenz — und dann auch wirtschaftlich. Hier ist es in erster Linie Venedig, der abermals neue Konzeptionen von der Sowjetregierung in Moskau und nach Hause gebracht hat und die amerikanische Regierung abteten will, sobald sie einen